



Die Stalin-Note vom 10. März 1952
– „Verpasste Gelegenheit“ oder „zählebiger Mythos“? –

Am 10. März 1952 übermittelte der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Gromyko den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Moskau eine jeweils gleichlautende **Note**. Darin unterbreitete die Sowjetunion den Westalliierten das Angebot für eine Konferenz über einen deutschen Friedensvertrag unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung. Ein beigefügter Vertragsentwurf legte folgende Kernpunkte einer Regelung fest: Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands unter Anerkennung einer Ostgrenze entlang der Oder-Neiße-Linie; Rückzug aller alliierten Besatzungstruppen; Verzicht Deutschlands auf militärische Bündnisse (**Neutralisierung**); Aufbau nationaler Verteidigungs-Streitkräfte. In einer zweiten Note vom 9. April bot Stalin darüber hinaus auch Erörterungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen an, allerdings lehnte er die vom Westen geforderte Kontrolle der Wahlen durch die UNO ab.

Stalins Vorschläge erreichten die westlichen Regierungen auf dem Höhepunkt schwieriger und kontroverser Verhandlungen über die westdeutsche Integration in Europa, einen militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik sowie deren staatliche Souveränität. So unterschiedliche Ansprüche wie „Sicherheit vor Deutschland“ (Frankreich) und „Sicherheit für Deutschland“ (USA) mussten am Verhandlungstisch auf einen Nenner gebracht werden und waren Anfang 1952 in wohlaustarierten Abkommen – dem **EVG-Vertrag** und dem **Deutschland-Vertrag** – in ihre unterschriftsreife Endphase gelangt. In westlichen Regierungskreisen rechnete man deshalb schon lange mit einem Schachzug Stalins. Dies schien einem wohlvertrauten Störmuster der Sowjetunion zu entsprechen. Schon 1948 hatte Stalin auf die westdeutsche Währungsreform mit einem drastischen und erfolglosen Schritt, der **Blockade West-Berlins**, reagiert. Ähnlich verhielt er sich auch Ende 1950, als sich mit der fortschreitenden Diskussion um die Wiederbewaffnung eine vertiefte Westbindung der Bundesrepublik abzuzeichnen begann. Stalin unterbreitete damals umgehend das Angebot für eine Viermächtekonferenz über die Deutschlandfrage. Doch schon während der hierfür anberaumten Vorbereitungstreffen in Paris zeigten sich die sowjetischen Vertreter nicht einmal gewillt, sich auf Fragen der gemeinsamen Tagesordnung zu einigen. Monatelang wurde beraten, bis die Pariser Vorkonferenz im Frühsommer 1951 scheiterte und den Eindruck eines reinen Verzögerungsmanövers hinterließ. Das Angebot „**Einheit gegen Neutralisierung**“ der Stalin-Note vom März 1952 schien deshalb in dieser Reihe von sowjetischen und – mit Moskau koordinierten – ostdeutschen Vorstößen zu stehen, die vordergründig auf eine gesamtdeutsche Lösung des Deutschlandproblems zielten, tatsächlich jedoch die Westbindung der Bundesrepublik verhindern oder wenigstens verzögern sollten. Auch die deutschlandpolitischen Initiativen Ost-Berlins mit ihren Forderungen nach einem „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat“ verfolgten im Kern die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, nicht jedoch die Verwirklichung der Einheit in Freiheit. Selbstbestimmung und **freie Wahlen** gestand die SED-Führung ihrer Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt zu und verweigerte Anfang 1952 einer Kontroll-Kommission der UNO, die auf Beschluss der UN-Vollversammlung eingesetzt worden war und die praktische Durchführbarkeit freier Wahlen in beiden Teilen Deutschlands überprüfen sollte, die Einreise in die DDR. Auch in Anbetracht einer fortschreitenden Aufrüstung der paramilitärischen DDR-Volkspolizei und der „volksdemokratischen“ Ausschaltung des DDR-

Parteienpluralismus sowie angesichts einer sowjetischen Außenpolitik, die spätestens seit dem von Stalin gebilligten und unterstützten **Korea-Krieg** im Mai 1950 als bedrohlich eingestuft wurde, trafen die Angebote Moskaus auf Skepsis und Misstrauen. Bundeskanzler Konrad **Adenauer** (CDU) fürchtete vor allem jegliche Neutralisierungskonzepte. Denn wer sollte ein neutralisiertes Deutschland langfristig gegen eine sowjetische Hegemonie verteidigen? Auch die SPD und ihr Vorsitzender Kurt **Schumacher** waren zu keinen Kompromissen auf Kosten der Freiheit bereit und beharrten auf freien Wahlen unter internationaler Kontrolle. Doch anders als Adenauer und weite Teile der CDU/CSU-Fraktion plädierte die SPD für die Aufnahme von Gesprächen, um Stalins Ernsthaftigkeit zu prüfen bzw. seine Propaganda zu entlarven. Die USA, Großbritannien und Frankreich waren jedoch nicht bereit, die politische und militärische Integration der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt zugunsten von Verhandlungen mit der Sowjetunion zu suspendieren. Die Antwortnoten der Westalliierten beharrten deshalb auf freien, von den Vereinten Nationen kontrollierten Wahlen in West- und Ostdeutschland als Grundvoraussetzung jeglicher Verhandlungen. Erst nach der Unterzeichnung des EVG- und Deutschland-Vertrages am 26. und 27. Mai 1952 offerierten sie in ihrer Note vom 10. Juli an die Sowjetunion die Einberufung der gewünschten Vier-Mächte-Konferenz, die allerdings einzig die Frage der Organisation und Kontrolle gesamtdeutscher Wahlen zum Gegenstand haben sollte. Eine solche thematische Einschränkung wurde von Stalin nicht akzeptiert. Im September 1952 endete der Notenaustausch ergebnislos. In der deutschen Öffentlichkeit hatte die Stalin-Note großes Aufsehen erregt und manche Hoffnung geweckt. Doch nur wenige zeitgenössische Beobachter gingen davon aus, dass Stalins Angebot eine ernsthafte gesamtdeutsche Option eröffne. Und selbst wenn diese diskutiert wurde, blieb die Frage im Raum, ob eine westliche – respektive bundesdeutsche – Regierung den Preis Stalins – Neutralisierung, nationale Streitkräfte und vor allem Verlust der ehemaligen Ostgebiete – hätte akzeptieren können. Das Diktum der „**verpassten Gelegenheit**“ verbreitete sich deshalb erst viele Jahre später, als Gustav Heinemann (SPD) und Thomas Dehler (FDP) im Januar 1958 die Deutschlandpolitik Adenauers in einer Bundestagssitzung heftig attackierten. Damit begann die bis heute nicht beendete Kontroverse um die Frage, ob 1952 eine reale Chance zur Überwindung der deutschen Teilung vergeben wurde oder diese Annahme lediglich einen **historischen Mythos** darstellt. **Jüngere Forschungen** in internationalen Archiven ermöglichen inzwischen ein erweitertes Bild über die Vorgänge der frühen 50er Jahre, können einen Beweis für die These von der „verpassten Gelegenheit“ jedoch nicht erbringen. Zwar mag Stalin – länger als bisher angenommen – beabsichtigt haben, eine **Zweistaatlichkeit Deutschlands** zu vermeiden, um seine Zugriffsmöglichkeiten auf Gesamtdeutschland, vor allem aber auf die ökonomischen Ballungszentren im Westen Deutschlands zu erhalten. Und auch die Zurückdrängung der amerikanischen Streitkräfte aus Westeuropa sowie die Absicherung vor einem wiedererstarkten deutschen Nationalstaat blieben **Primärziele** Stalins, die er auch mit Neutralisierungsvorschlägen zu verfolgen suchte. Doch wird ebenfalls deutlich, dass Stalin damit seine Kontroll- und **Hegemonialansprüche** weder aufgeben wollte noch ein im westlichen Sinne demokratisches Deutschland anstrebte. Vielmehr begannen in Moskau bereits seit Anfang 1951 Planungen für eine öffentlichkeitswirksame Noten-Offensive, die den Westen durch die unmittelbar einkalkulierte Ablehnung der sowjetischen Vorschläge in ein schlechtes Licht rücken sollte. Das Einheitsangebot stellte in diesem Kontext ein **taktisches Instrument**, nicht aber eine Alternative nach dem Motto „Demokratie nach innen – Neutralität nach außen“ dar. Bereits am 7. April 1952, nur wenige Wochen nach Beginn des Notenwechsels, hatte Stalin im Kreml die SED-Spitzenfunktionäre wissen lassen, dass er an kein Entgegenkommen des Westens und keinen Kompromiss über einen Friedensvertrag glaube. Die deutsch-deutsche Demarkationslinie müsse endlich als Grenze, und noch dazu als „gefährliche“, betrachtet werden. Es folgten deshalb Absprachen zur weiteren militärischen **Aufrüstung in der DDR** sowie einer verstärkten **Grenzkontrolle**, als Stalin das Gespräch mit der Anweisung beschloss: „Ihr müsst euren eigenen Staat aufbauen.“

Quellen: *Becker, Josef:* Eine neue Dolchstoßlegende? Zu den Kontroversen um die Stalin-Noten von 1952, in: Dotterweich, Volker (Hrsg.): Kontroversen der Zeitgeschichte. München 1998, S. 181 ff.; *Loth, Wilfried:* Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994; Stalin and the SED Leadership, 7. April 1952: „You must organize your own State“, in: Cold War International History Project Bulletin (1994), 4, S. 34 ff. [www.cwhp.si.edu]; *Wettig, Gerhard:* Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1999.

Bearbeiter: RR z.A. Dr. Alexander Troche, Fachbereich XI (WD1)